



# **FA Datenschutzportal**

## **DSP Info-Brief**

**Nr. 52 / Dezember 2017**

---



## INHALT

### DATENSCHUTZPORTAL INTERN

1	Die Themen im Live-Chat vom 24.11.2017.....	4
1.1	Einfordern einer Datenschutzerklärung für Schiedsrichter.....	4
1.2	Welche DS-Regeln müssen bei der Weitergabe von Daten beachtet werden ...	6
1.3	Angriff auf den Super Web Mailer – Was ist zu tun?.....	7
1.4	Datenschutzrechtliche Regelungen für personenbezogene Daten in Chroniken etc. ...	8
1.5	Kann ich gleichzeitig in einem Verein und in einem Verband als interner Datenschutz beauftragt werden?.....	9
2	Die Themen des Live-Chat vom 15.12.2017 .....	10
2.1	Einverständniserklärung bei der Veröffentlichung von Bildern mit Jugendlichen.....	10
2.2	Weitergabe von Leistungsdaten von Athleten.....	11
2.3	Verantwortlichkeiten auf der Homepage bei Impressum und Datenschutzerklärung ....	12
3	Neue Vergünstigungen für Mitglied des Datenschutzportals.....	13
3.1	Neue Kooperation mit der Website-Check GmbH.....	13
3.2	Für EU DSGVO aktualisierte Verfahrensdatenbank der SVBG Mül:Graf steht jetzt zur Verfügung .....	15

### IN DER DISKUSSION – NEUIGKEITEN RUND UM DEN DATENSCHUTZ

4	Die EU DSGVO: Mein Sport! mein Verein! Meine Daten? .....	17
---	---	----

### AKTUELLE URTEILE

5	Privater und gewerblicher Betreiber eines WLAN-Hotspots muss jeden Fall nach erhaltener Abmahnung Hotspot durch Passwort sichern .....	25
6	Datenschutzeinwilligung in App-Zentrum von Facebook ungenügend .....	25
7	Datenschutzeinwilligung in App-Zentrum von Facebook ungenügend .....	26
8	Keine erneute Urheberrechtsverletzung aufgrund Auffindbarkeit eines geschützten Fotos im Cache von Google .....	27
9	Abmahnung wegen Filesharing bei Familien-Internetzugang: Hardware der Kinder muss kontrolliert werden .....	27

#### Herausgeber

Führungs-Akademie des DOSB

#### Kontakt FA

Führungs-Akademie des DOSB

Willy-Brandt-Platz 2 / 50679 Köln

Tel. 0221 – 221 275 94 /// Fax: 0221 – 221 220 13

[www.fuehrungs-akademie.de](http://www.fuehrungs-akademie.de)

[niewerth@fuehrungs-akademie.de](mailto:niewerth@fuehrungs-akademie.de)

#### Technische Umsetzung

Führungs-Akademie des DOSB

#### Redaktion

Toni Niewerth / Robert Graf

#### Kontakt SVBG

Sachverständigenbürogemeinschaft Mül:Graf

Westfalenweg 2

33449 Langenberg

[www.muelot.de/](http://www.muelot.de/)

[d.muelot@muelot-Graf.de](mailto:d.muelot@muelot-Graf.de)

#### Copyright

© 2016 by SVBG MÜLOT:GRAF

## DATENSCHUTZPORTAL INTERN

### 1 Die Themen im Live-Chat vom 24.11.17

#### 1.1 Einfordern einer Datenschutzerklärung für Schiedsrichter

Unsere gesamte Abwicklung der Verwaltung und des Spielbetriebes erfolgt zwischenzeitlich über das Programm Phönix. Spielerpässe werden online beantragt, Spielberichtsbögen werden online hochgeladen und ausgefüllt, Bescheide werden online erstellt und versandt und die Mitgliederverwaltung erfolgt auf gleiche Weise.

Vor Einführung haben unser Geschäftsführer und ich alle Vorgänge auf Dateneinhaltung überprüft und jeden Mitarbeiter, der Einblick in persönliche Daten nehmen kann und mit diesen arbeitet, zur Abgabe der Datenschutzerklärung aufgefordert. Nur die Mitarbeiter, die diese Datenschutzerklärung unterzeichnet zurückgesandt haben, erhielten die Möglichkeit, sich in unser Programm einzuloggen.

Auch für unsere Schiedsrichter haben wir die Abgabe der Datenschutzerklärung eingefordert, da die Schiedsrichter nach unserer Auffassung auch Einblick und Kenntnis in persönliche Daten aller Spieler nehmen, die an einem Spiel beteiligt sind. So sind die Namen und Geburtsdaten der Spieler auf dem Spielberichtsbogen aufgeführt und die Schiedsrichter kontrollieren die Spielausweise der Spieler. Auch nehmen die Schiedsrichter Kenntnis von Verletzungen der Spieler, da sie diese im Spielberichtsbogen zu vermerken haben. Gleiches gilt für Strafen, die die Schiedsrichter im Spiel gegen einzelne Spieler aussprechen. Vor zwei Jahren haben dann auch alle Schiedsrichter im gesamten Verbandsgebiet, bis auf einen, die Datenschutzerklärung unterzeichnet und zurückgesandt. Nachdem nun zwischenzeitlich auch die Schiedsrichter ihre Einteilung nur noch durch ein Einloggen in unser Programm erfahren können und die Freigabe zum Einloggen von der Vorlage der Datenschutzerklärung abhängig ist, kann dieser eine Schiedsrichter seine Einteilungen nicht mehr zur Kenntnis nehmen und wir haben ihn erneut aufgefordert, nun endlich die Datenschutzerklärung abzugeben. Unser Geschäftsführer hat ihm angedroht, dass er ohne Abgabe der Datenschutzerklärung keine Spielaufträge mehr erhalten wird.

Hierüber ist nun Verärgerung von verschiedenen Seiten aufgetreten, da dieser eine Schiedsrichter der Auffassung ist, dass die Ausübung der Schiedsrichtertätigkeit überhaupt nicht die Abgabe der Datenschutzerklärung erfordert, da Schiedsrichter aufgrund der Öffentlichkeit der Spiele jederzeit über das, was sie in Zusammenhang mit dem Spiel über die Spieler lesen und sehen, auch gegenüber Dritten sprechen könnten. Wir sehen das zum Schutz unserer Sportler anders.

#### **Fragen:**

Bevor wir nun einen so weitreichenden Schritt gehen und einen Schiedsrichter wegen der Nichtabgabe der Datenschutzerklärung von der Schiedsrichtertätigkeit entbinden, möchten wir gerne wissen, ob wir überhaupt zu Recht von unseren Schiedsrichtern die Datenschutzerklärung einfordern.

Darüber hinaus wäre es für uns auch wichtig zu wissen, wie das in anderen Verbänden gehandhabt wird und ob solche Probleme auch dort schon aufgetreten sind.

**AW R. Graf**

ich bitte um Verständnis, dass ich keine Rechtsberatung durchführen kann. Aber ich kann gerne meine Einschätzung zu Ihrer Vorgehensweise erläutern.

Ihre Datenschutzerklärung, die sie eingefordert haben, verstehe ich im Sinne des §5 BDSG, als Geheimhaltungsverpflichtung. Die verantwortliche Stelle ist verpflichtet alle Personen die mit personenbezogenen Daten arbeiten, auf diese Geheimhaltung zu verpflichten, erst dann dürfen diese Personen mit den personenbezogenen Daten arbeiten. Insofern würde ich erwarten, bitte verzeihen Sie meine vorsichtige Ausdrucksweise, dass auch dieser Schiedsrichter sich auf die Geheimhaltung verpflichten lassen muss.

Ich würde diesen Sachverhalt, bevor ich den Schiedsrichter entbinde, juristisch noch einmal prüfen lassen. Leider liegen wir keine Information darüber vor wie andere Verbände dies handhaben.

**AW Hatzky**

auf einen vergleichbaren Fall geht der HDSB in seinem Tätigkeitsbericht Nr. 41 ein (TB 41 vom 31.12.2012, dort unter 4.18 auf Seite 219). Es wird Wert gelegt auf eine schriftliche Verpflichtung nach BDSG § 5, eine entsprechende Online-Ankreuzung war dem HDSB nicht ausreichend. SIMITIS, 8.Auflage, §5 Ränder 28 meint dazu: Die Schriftform ist zwar nicht obligatorisch, aber aus Nachweisgründen zu empfehlen. Unter Rendre 29 wird eine Verweigerungshaltung kommentiert: bei Unterschriftsverweigerung trifft die Person das Datengeheimnis trotzdem. SIMITIS gibt auch Hinweise zur möglicherweise Ungeeignetheit einer Person, die beim Umgang mit personenbezogenen Daten ihre Unterschrift (ohne Gründe) verweigert.

In meinem Verband hatten/haben wir diese Problematik ebenso, wie oben beschrieben (bei Einführung der §5 Verpflichtung war sogar ein Erscheinen des Landes-DSB vor Ort mit entspr. Hinweisen auf Konsequenzen notwendig). Danach konnte dann (vor ca. 3 Jahren) die §5 Verpflichtung für Schiedsrichter realisiert bzw. eingeführt werden. Jetzt soll bei nicht vorliegender Unterschrift oder sogar Unterschriftsverweigerung der Schiedsrichter nicht mehr eingesetzt werden bzw. die Lizenz nicht verlängert werden. Aber die "Übergangszeit" ist lang (!), bis das auch vollständig so umgesetzt wird. Eine Festlegung in unserer Datenschutzordnung soll folgen.

Zur Öffentlichkeit(Gespräch mit Landes-DSB): Die Daten mögen zwar in der Öffentlichkeit entstehen/entstanden sein und z.B. ein Journalist wird sie mit eigener Wahrnehmung und Aufzeichnung zu seiner (presserechtlichen) Berichterstattung zusammentragen und verwenden dürfen. Anders wollte man die Frage beantworten bzw. verneinen, ob die Wettkampfleitung ohne freiwillige Zustimmung der Beteiligten diese Wettkampfdaten sammeln (listen) und verbreiten dürfte (z.B. Veröffentlichung einer Siegerliste, z.B. im Internet). Seitdem weisen wir z.B. in den Ausschreibungen ("an geeigneter Stelle") auf ein entspr. Widerspruchsrecht hin.

Den Schiedsrichter (oder Kampfrichter) kann man als Erfüllungsgehilfen der "Wettkampfleitung" bzw. des Veranstalters sehen, der in unmittelbarer Nähe zum Geschehen (hören, sehen. erleben) eine weit detailliertere Wahrnehmung haben wird. Diese Ereignisse würden dann aber auch erst durch den Schiedsrichter an die Öffentlichkeit getragen. Ob das in jedem Fall den betroffenen Personen recht wäre? Wir wollen das ebenso wie der Fragesteller vermeiden.

-----

## **1.2 Welche DS-Regeln müssen bei der Weitergabe von Daten beachtet werden, die im Rahmen eines Breitensportwettkampfes zur Gewinnung von Vereinsmitgliedern erhoben werden?**

### **Worum geht es?**

Wir führen als Dachverband bundesweit jedes Jahr eine große Breitensportaktion mit dem Ziel der Mitgliedergewinnung im Kindesalter durch. Teilnehmen dürfen hierbei nur Kinder (unter 12 Jahren), die noch keine Spielberechtigung für einen Verein eines unserer Mitgliedsverbände haben. Aufgebaut ist die Aktion so, dass es auf Ebene der Städte und Orte beginnt (sog. Ortsentscheid) und die besten Teilnehmer des Ortsentscheids sich dann zum Kreisentscheid und von dort über den Bezirksentscheid bis zum Landesentscheid qualifizieren. Die Sieger der Landesentscheide treffen dann im großen Bundesfinale gegeneinander an. Seit 1983 nahmen fast 1,5 Millionen Mädchen und Jungen an über 51.000 Ortsentscheiden teil, die sich Jahr für Jahr über die gesamte Republik verteilen.

Die Durchführer der jeweiligen Ortsentscheide melden über ein Onlineformular direkt im Verbandsverwaltungssystem der Verbände die für den Kreisentscheid qualifizierten Teilnehmer mit folgenden Daten an den Verband: Name, Vorname, Straße, PLZ und Ort, Tel. Nr., E-Mail und Name Verein (sofern vorhanden).

### **Fragen:**

#### **(1)**

Es gibt aktuell keinen Passus etc. auf den Anmeldeformularen der Teilnehmer an den Ortsentscheiden, dass ihre oben genannten Daten im Fall der Qualifikation zum Kreisentscheid vom Durchführer des Ortsentscheids an den Verband zwecks Kontaktaufnahme weitergegeben werden dürfen, geschweige denn unterzeichnen dies die Eltern. Eine Kontaktaufnahme mit den Qualifizierten ist jedoch durch den Verband dringend notwendig, da die qualifizierten Teilnehmer mit Informationen zur Austragung des Kreisentscheides (Ort, Datum etc.) durch den Verband "versorgt" werden müssen.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass es Anmeldeformulare für den Ortsentscheid oftmals gar nicht gibt. Häufiger tragen beispielsweise auch Schulen einen Ortsentscheid aus und die dortigen Schüler nehmen teil, ohne im Vorfeld irgendeine Art von Anmeldung etc. ausgefüllt zu haben.

Ist das aktuelle Procedere weiterhin so möglich, oder müssen alle Teilnehmer bzw. deren Eltern unterzeichnen, dass die Daten zwecks Kontaktaufnahme des Verbandes zur Mitteilung von Informationen der nächsten Turnierstufe (Datum, Ort etc. des Kreisentscheids) vom Durchführer des Ortsentscheids weitergegeben, d.h. in einem Onlineportal des Verbandes eingetragen werden dürfen.

Falls dies der Fall ist, würde es vermutlich auch ausreichen, wenn dies nach Ende des Ortsentscheides vor Ort nur die für den Kreisentscheid Qualifizierten machten? Was macht man jedoch, wenn die Eltern dieser Kinder nicht vor Ort sind, was sehr oft der Fall sein wird? Somit könnten diese nichts unterschreiben.

#### **(2)**

Falls ein entsprechender Passus unterschrieben werden müsste (s. Frage 1), welche weiteren Informationen sollten hier noch mit aufgenommen werden (beispielsweise zur Zweckbindung? Löschung? Datenminimierung? Betroffenenrechte? etc.)?

**(3)**

Gibt es eine Möglichkeit, dies über einen allgemeinen Passus so zu lösen, dass man sich mit Teilnahme an der Veranstaltung gleichzeitig einverstanden erklärt, dass die Daten im Fall der Weiterqualifikation weitergemeldet werden dürfen? Wo würde man einen solchen Passus jedoch integrieren? Das Gros der Teilnehmer ist nicht Mitglied im Verein und somit hat man vermutlich keine Grundlage einer Bindung über Satzung, Wettkampfordnung etc., oder?

**AW GRAF****Zu Frage 1 und 2**

Bei jeder Datenverarbeitung personenbezogener Daten muss geprüft werden, auf welcher Grundlage die Daten verarbeitet werden. Die Erlaubnis für die Verarbeitung der Daten ergibt sich entweder durch eine gesetzliche Vorgabe oder durch die Einwilligung des Betroffenen.

In Ihrem Fall wird die Einwilligung der Erlaubnistatbestand sein. Bei minderjährigen muss diese Einwilligung durch die Eltern erfolgen.

Die Einwilligung kann mündlich oder schriftlich erfolgen, wobei aus Nachweisgründen die mündliche Einwilligung in der Regel ausscheidet.

Auch mit Sicht auf die zukünftigen gesetzlichen Änderungen über die EU-Datenschutzgrundverordnung ab Mai 2018, muss die Einwilligung darüber informieren, durch wen und für welchen Zweck die Daten verarbeitet werden, welche Arten von Daten verarbeitet werden, wie lange diese Daten aufbewahrt werden und ganz wichtig was nach Wegfall des Verarbeitungszweckes mit den Daten passiert, also Aufbewahrungsfristen für diese personenbezogenen Daten.

Auch muss auf eine Widerspruchsmöglichkeit für die Verarbeitung hingewiesen werden.

Wie Sie aus meinen Ausführungen schon erkennen können, wird es wohl nötig werden, entsprechende Einwilligungserklärungen zu formulieren und durch die Erziehungsberechtigten unterschreiben zu lassen. Vgl. zur Frage der Einwilligung auch diesen [LINK](#).

**Zu Frage 3**

da ich keine Möglichkeit sehe ohne die oben genannte schriftliche Einwilligung die personenbezogenen Daten zu verarbeiten, ist natürlich in dieser Einwilligung der richtige Platz, bzw. natürlich auch der Zweck der Verarbeitung, dass die Daten im Rahmen einer Weiterqualifikation weitergereicht werden.

---

**1.3 Angriff auf den Super Web Mailer – Was ist zu tun?**

Unsere IT-Abteilung hat festgestellt, dass unser SuperWebMailer attackiert wurde. Bisher versuchen die Mitarbeiter das Ausmaß dieser Attacke festzustellen.

**Frage:**

Welche weiteren Schritte muss durch den DSB eingeleitet werden?

**AW R. Graf:**

Sie sollten als bDSB diese Ermittlungen begleiten und, da ich davon ausgehe, dass hier personenbezogene Daten betroffen sein können, dies entsprechend dokumentieren und in Ihren Datenschutzbericht aufnehmen.

Ein wichtiger Prüfungsschritt ist jetzt die Frage, ob die Datenkategorien des §42a BDSG betroffen sind.

Im 42 a werden folgende Kategorien genannt:

1. besondere Arten personenbezogener Daten (§ 3Absatz9),
2. personenbezogene Daten, die einem Berufsgeheimnis unterliegen,
3. personenbezogene Daten, die sich auf strafbare Handlungen oder Ordnungswidrigkeiten oder den Verdacht strafbarer Handlungen oder Ordnungswidrigkeiten beziehen oder
4. personenbezogene Daten zur Bank- und Kreditkartenkonten

Sollte eine dieser Kategorien personenbezogener Daten betroffen sein, also wieder Paragraph ausführt, es zu einer Kenntnisnahme durch Unbefugte gekommen wäre, dann müssten sie die Aufsichtsbehörden und die Betroffenen über diesen Datenverlust informieren.

Die Meldungen die Aufsichtsbehörden der Betroffenen muss unverzüglich erfolgen, d. h. ohne schuldhaftes Zögern, in der Regel innerhalb von 2-4 Wochen.

Bitte prüfen Sie hier genau den §42a BDSG.

**Carsten Klinge**

mittlerweile konnte unsere IT-Abteilung den Vorfall klären.

Das Problem beim Versand eines Mailings ist behoben worden. Im aktuellen Mailing hatten sich Links auf Pornoseiten eingeschlichen. Die IT war erst von einem Hackerangriff ausgegangen. Nach Rücksprache mit dem Hersteller wurde herausgefunden, dass ein Werbeblocker im Webbrowser diesen Text eingefügt.

Dennoch werde ich – wie von Ihnen geraten –den Vorfall weiterhin begleiten und dokumentieren.

---

## **1.4 Datenschutzrechtliche Regelungen für personenbezogene Daten in Chroniken / Festschriften etc.**

Wir haben als Verein eine Vereinschronik mit wichtigen Ereignissen. Hier sind natürlich auch Namen von Personen aufgeführt, die nicht mehr Mitglied des Vereins sind. Mal sind sie ausgetreten, mal sind sie verstorben.

Dem Bundesdatenschutzgesetz zufolge, müssen personenbezogene Daten ja nach einer gewissen Zeit gelöscht werden. Wie verhält es sich bei einer Chronik?

Brauche ich auch das Einverständnis der in der Chronik genannten Personen, damit ich deren Namen dort auflisten kann, oder gibt es für Chroniken spezielle Regelungen?

**AW R. Graf:**

vorweg gleich einmal ein nützlicher Link zu diesem Thema: [Personenbezogene Daten Verstorbener](#)

Wie Sie beim Studium dieses Links erkennen können sind personenbezogene Daten Verstorbener in der Regel nicht mehr durch das Bundesdatenschutzgesetz geschützt. Insofern sind diese Daten auf ihrer Webseite nutzbar.

Aber soweit müssen wir vielleicht in Ihrem Fall gar nicht gehen, insoweit ich sehe haben Sie auf Ihrer Webseite 1. Vorsitzende mit Name und gegebenenfalls Bild eingetragen.

Ich gehe davon aus das im Vereinsregister diese Personen, auch wenn sie nicht mehr Vorsitzende sind, in der Historie, sogar mit Adresse enthalten sind. Das Vereinsregister ist eine öffentliche Quelle auf die jeder zugreifen kann und sie hätten darüber den Rechtfertigungsgrund diese Information auf ihrer Webseite zu führen.

Bei dem Bild liegt aber ein anderes Problem vor. Hier brauchen Sie unbedingt die Einwilligung, entweder der lebenden bzw. im Falle Verstorbener, der Erben, dieses Bild benutzen zu dürfen.

Bezüglich bildlicher Darstellung gilt nämlich nicht das BDSG, sondern das Kunst Urheberrechtsgesetz. Hier im speziellen der §22 bzw. §23.

Dieses Gesetz wurde extra nach dem Tode Bismarcks gemacht, da es zu bildlichen Darstellung der Leiche gekommen war und dies verboten sein sollte.

Ich würde Ihnen empfehlen, sofern möglich, von den Erben der Verstorbenen, bzw. von den noch lebenden Vorsitzenden eine Einwilligung bezüglich der Nutzung des Bildes, Achtung: im Internet, einzuholen.

Bitte beachten Sie dass Bilder im Internet in der Regel nicht mehr entfernt werden können, also müssten sie bei der Einwilligung auch noch darauf hinweisen, dass dies unter Umständen nicht mehr möglich ist.

Eine Widerspruchsmöglichkeit gegen die Nutzung des Bildes durch ihren Verein, kann also nur für die Zukunft gelten. Darauf müssen Sie die entsprechenden Personen hinweisen.

---

### **1.5 Kann ich gleichzeitig in einem Verein und in einem Verband als interner Datenschutzbeauftragter werden?**

Kann ich als interner Datenschutzbeauftragter eines Skivereins – ich bin hier lediglich Mitglied, bin kein Angestellter des Vereins – gleichzeitig als interner Datenschutzbeauftragter des Ski-Landesfachverbandes, in dem der Verein wiederum Mitglied ist, fungieren?

Würde es einen Unterschied machen, ob ich beim Verein angestellt bin oder nicht?

**AW R. Graf:**

Wenn Sie in diesem Verein kein Angestellter sind, können Sie auch kein interner Datenschutzbeauftragter des Skivereins sein. Höchstens dass sie über eine ehrenamtliche Tä-

tigkeit, und somit als quasi Mitarbeiter des Vereins interner Datenschutzbeauftragte werden. Ehrenamtliche Mitarbeiter gelten wie angestellte Mitarbeiter.

Würden Sie nicht als ehrenamtlicher Mitarbeiter bei dem Verein tätig sein, müssten sie als externer Datenschutzbeauftragter betrachtet werden, in diesem Fall würden Sie erhöhten Haftungsrisiken unterliegen.

Darüber hinaus müsste ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen ihnen und ihrem Verein abgeschlossen werden.

Nun zu dieser Frage ob sie auch Datenschutzbeauftragter vom Landesverband werden können. Im Prinzip gelten die gleichen Ausführungen wie oben, da sie kein Angestellter sind können Sie dann auch kein interner Datenschutzbeauftragte werden.

Ob im Falle des Verbandes eine ähnliche Konstruktion wie beim Verein, ehrenamtliche Tätigkeit, möglich ist, müssten sie prüfen lassen.

---

## 2 Die Themen im Live-Chat vom 15.12.17

---

### 2.1 Einverständniserklärung bei der Veröffentlichung von Bildern mit Jugendlichen

Meine Frage bezieht sich auf die Rechte am Bild: Wenn z. B. bei einem Seminar Jugendliche auf dem Bild zu sehen sind, benötigen wir dann vor der Veröffentlichung das Einverständnis der Eltern oder genügt es, wenn die Jugendlichen (=Jugendliche unter 18 Jahre), ihr schriftliches Einverständnis geben?

#### **AW R. Graf:**

ich möchte Sie hier auf einen Link aufmerksam machen, der das Problem sehr gut beschreibt: <https://www.rechtambild.de/2011/04/und-sie-war-doch-erst-17/>

Wie auch diesem Artikel festgestellt wird, hängt die alleinige Einwilligung der Kinder bzw. Jugendlichen von deren Einsichtsfähigkeit ab und ist deshalb nicht generell mit einer Jahreszahl zu beantworten. Dazu auch noch ein weiterer Link:

<http://www.pc-magazin.de/ratgeber/recht-am-eigenen-bild-einwilligung-muster-foto-bildnisrecht-1512762.html>

In jedem Falle ist es ratsam, sich eine schriftliche Einwilligung zu besorgen.

#### **AW Werner Hatzky**

Die Inhalte des zweiten Link halte ich für sehr bedenklich. Es wird dort z.B. eine konkludente Zustimmung zur Erhebung von Bilddaten durch Teilnahme an der Vereins-Veranstaltung sowie auch der entspr. Hinweis eine Moderators für ausreichend angesehen (Simitis, 8. Auflage, Rndr 44: "....weder eine konkludente noch und erst recht eine stillschweigende oder gar mutmaßliche Einwilligung sind ausreichend..."). Haben z.B. alle den Hinweis gehört? Wussten alle, wo die Bilder (Internet) veröffentlicht werden? Das BDSG § 4a Abs 1 Satz 3 verweist auf die Schriftform:.. wobei der zweite Halbsatz

(..."soweit nicht wegen besonderer Umstände eine andere Form angemessen ist"..) wohl eher die Ausnahme behandeln soll (Simitis 8.Auflage § 4a Rndr 44 ff)

-----

## 2.2 Weitergabe von Leistungsdaten von Athleten

Im Bereich der Leistungsdiagnostik werden zahlreiche Daten (Alter, Körperhöhe, Körpermaße, HF, Laktat, verschiedene Atemgase, Leistung, Zeiten, Sprunghöhen, Maximalkraftwerte, Videoaufnahmen ...) verarbeitet und in verschiedenen Auswertungen an Sportler, Trainer (die teilweise auch nicht am OSP arbeiten, sondern über den Verband angestellt sind) und Verantwortliche weitergegeben sowie für wissenschaftliche Zwecke in Datenbanken, Längs-/Querschnitten und Ranglisten (Excel) gespeichert.

### Dazu folgende Fragen:

#### (1)

Worauf muss hier geachtet werden und wie muss vorgegangen werden?

#### (2)

Muss vor jedem Test eine Einwilligung der Athleten eingeholt werden?

#### (3)

Werden ADV-Verträge mit den Vereinen/Verbänden/Institutionen benötigt, in denen die Trainer oder Wissenschaftler angestellt sind?

#### (4)

Was ist datenschutzrechtlich zu beachten, wenn im Training verschiedene Parameter aufgenommen werden, die dann wissenschaftlich verarbeitet und in Übersichten weitergegeben werden. Gibt es hierfür smarte Lösungen?

### AW R. Graf:

die Fragen eins und zwei fasse ich zusammen.

Wie Sie sicher wissen, dürfen Sie personenbezogene Daten nur aus zwei Gründen verarbeiten:

- eine Rechtsgrundlage berechtigt die dazu
- es liegt die Einwilligung des Betroffenen vor

über eine mögliche Rechtsgrundlage kann ich hier nur spekulieren, sollte diese fehlen, wäre also eine Einwilligung des Sportlers notwendig.

Diese Einwilligung kann, unter klare Abgrenzung und Beschreibung des Zweckes, für diese Verarbeitung auch einmalig gegeben werden, bzw. eingeholt werden.

### Zu Frage (3)

Wenn diese Personen in ihrem Auftrag die oben genannten personenbezogenen Daten verarbeiten, ist eine Auftragsdatenverarbeitungsvereinbarung, bzw. zukünftig eine Auftragsverarbeitungsvereinbarung notwendig.

### Zu Frage (4)

Diese Frage knüpft meiner Einsicht nach an die Fragen eins und zwei an. Die Verarbei-

tung dieser Daten müsste in der Übersicht der Verarbeitung zu finden sein und damit sollte dokumentiert werden, um welche Daten es sich handelt, welche Rechtsgrundlagen vorliegen, bzw. die entsprechenden Einwilligung.

Ich fürchte sie enttäuschen zu müssen, eine smarte Lösung, im Sinne einer schnellen Lösung, sehe ich nicht.

-----

## **2.2 Verantwortlichkeiten auf der Homepage bei Impressum und Datenschutzerklärung**

Zur Verwaltung der Mitgliedsdaten nutzen wir eine externe Online-Plattform, bei der auch die Sportler ihre Lizenzen selbst verwalten können. Auf der Seite läuft u.a. ein Google-Analytics-Tracker mit. Nun haben wir selbst keinen direkten Zugriff auf die Homepage-Verwaltung im Backend bzw. die Nutzung des Google Analytics Trackers, da dies nur durch den Anbieter der Plattform erfolgen kann. Dazu meine Frage:

### **Frage**

Wer steht auf der Homepage/Plattform in der Impressumspflicht und ist damit auch für die Datenschutzerklärung verantwortlich – wir oder der Anbieter der Plattform?

### **AW R. Graf:**

Diese Frage ist ohne weitere Kenntnis der Web-Seite nicht zu beantworten, ich will es trotzdem versuchen.

Ich gehe davon aus, dass Ihre Webseite in der Online-Plattform eindeutig als ihre Webseite erkennbar ist. Insofern gehe ich davon aus, dass auch die entsprechenden Tracker Ihnen zugeordnet werden können.

Bitte prüfen Sie, ob sie auf ihrer Webseite auch die entsprechenden datenschutzrechtlichen Erklärungen abgeben.

Ich kann Ihnen empfehlen, ihre Webseite juristisch prüfen zu lassen. Als Empfehlung sei hier ein Dienstleister genannt: <https://www.website-check.de/>

Wir arbeiten schon seit Längerem mit diesem Dienstleister im Rahmen von Web-Seiten Prüfungen zusammen.

Natürlich stellt sich auch die Frage nach der Auftragsdatenverarbeitung, die ich in diesem Falle bejahen würde.

-----

### 3 Neue Vergünstigungen für Mitglieder des Datenschutzportals

Zum Jahresende können wir Ihnen noch zwei neue Vereinbarungen präsentieren, mit denen Sie Ihre Arbeit im Bereich des Datenschutzes spürbar erleichtern und verbessern können. Dabei profitieren Sie zugleich von den mit den Partnern abgesprochenen hohen Rabatten für Mitglieder des Datenschutzportals.

#### 3.1 Neue Kooperation mit der Website-Check GmbH

Die in Saarbrücken ansässige und 2013 gegründete [Website-Check GmbH](#) bietet ihren Kunden in Zusammenarbeit mit der IT-Recht Kanzlei DURY abmahnsichere Rechtstexte von Internetseiten und Online Shops. Die geprüften und individuell erstellten Rechtstexte sorgen für Schutz vor Abmahnungen. Nachdem ein Website-Check bestanden ist, erhält der Seitenbetreiber ein entsprechendes Prüfsiegel.

Die Website-Check GmbH berät nicht nur einzelne Unternehmen und Institutionen, sondern bietet ihren Service gerade auch solchen Dienstleistern an, die ihre Kunden im Bereich Webauftritt oder Datenschutz unterstützen. Dies gilt nicht nur für interne und externe Datenschutzbeauftragte, sondern auch für Internet- und Werbeagenturen, von denen inzwischen mehr als 150 auf die Expertisen der Website GmbH vertrauen [LINK: Website-Check/Unternehmen](#).



Auf der Grundlage der mit der Website-Check GmbH getroffenen Vereinbarung bietet das Unternehmen den Mitgliedern des Datenschutzportals der Führungs-Akademie

- eine kostenfreie Mängelanalyse des Webauftritts des im Portal angemeldeten Vereines / Verbandes und
- eine 20%ige Ermäßigung auf den regulären Preis von 395 Euro zzgl. MwSt. auf das Service-Paket: „Einmalige Prüfung der Internetseite“

Das Service-Paket umfasst dabei folgende Leistungen:

#### (A) Prüfung der Internetseite

- Rechtliche Prüfung der Anbieterkennzeichnung (Impressum) und der Datenschutzerklärung der Internetseite ggf. auch des Online Shops (ca. 40 Prüfpunkte)
- Kostenfreier Re-Check nach Umsetzung der Änderungen
- Haftungsübernahme für die rechtliche Überprüfung
- E-Mail Support (direkter Kontakt zu einem Juristen)
- Prüfbericht zur Dokumentation
- Anwaltliche Haftung gem. der Website-Check AGB

**(B) Erstellung von Rechtstexten**

- Erstellung eines individuellen Impressums
- Erstellung einer individuellen Datenschutzerklärung
- Erstellung durch spezialisierte Rechtsanwälte
- Haftungsübernahme für Rechtstexte
- Anwaltliche Haftung gem. der Website-Check AGB
- Die Rechtstexte sind – sofern alle Fragen aus unserem Fragebogen beantwortet wurden – komplett zur Copy & Paste Übernahme vorbereitet

**(C) Bei einer Abmahnung**

- Erstberatung durch spezialisierten Anwalt der IT-Recht Kanzlei DURY
- Prüfung von Unterlassungserklärungen

**(D) Prüfsiegel für die rechtliche Prüfung**

- Das Prüfsiegel hat eine für die Nutzer/-innen des Datenschutzportals um 6 Monate verlängerte Gültigkeit von insgesamt 12 Monaten (Voraussetzung ist die Einhaltung der Vergabekriterien)

**(E) Zusatzangebot EU-DSGVO**

- Website Check liefert im März bzw. April 2018 zur Einhaltung der neuen Regelungen der EU DSGVO und des BDSG NEU kostenfrei aktualisierte Rechtstexte (Datenschutzerklärung und ggf. Impressum) aus.

**Bitte beachten Sie:**

- Das Angebot kann von allen registrierten Mitgliedern des Datenschutzportals genutzt werden.
- Die Bearbeitung erfolgt in der Reihenfolge der Anfragen.  
Da das Datenschutzportal inzwischen von über 100 Vereinen / Verbänden genutzt wird, kann es am Anfang – sollte das Angebot sofort von sehr vielen Abonent/inn/en geordert werden – zu zeitlichen Verzögerungen kommen. Die Websitecheck GmbH wird aber bemüht sein, die Anfragen so schnell wie möglich zu bearbeiten.
- Die Beauftragung zur Prüfung der eigenen Website erfolgt direkt bei der Website-Check GmbH [[info@website-check.de](mailto:info@website-check.de)]. Zur Identifizierung Ihres Anspruchs auf den 20%igen Rabatt geben Sie als Stichwort bitte an „Website-Check im Rahmen des FA Datenschutzportals“ Nach Prüfung der Mitgliedschaft im Datenschutzportal erhalten Sie dann eine Info zur weiteren Vorgehensweise durch die Website-Check GmbH.

Wir freuen uns sehr, dass es uns gelungen ist, mit der Website-Check GmbH eine Vereinbarung zu treffen, die den Mitgliedern im Datenschutzportal einen zusätzlichen Bonus verschafft und Ihnen eine zeitsparende und zugleich kostengünstige Möglichkeit bietet, Ihre Website auf datenschutzrechtliche Rechtssicherheit überprüfen zu lassen.

**Nutzen Sie das Angebot und berichten Sie über Ihre Erfahrungen!**

-----

### 3.2 Für EU DSGVO aktualisierte Verfahrensdatenbank der Sachverständigenbürogemeinschaft Mülot:Graf steht jetzt zur Verfügung

Bereits seit 2015 bietet die [Sachverständigenbürogemeinschaft Mülot:Graf](#) eine auf den Sport bezogene Verfahrensdatenbank für den Datenschutz in Vereinen und Verbänden an. Hintergrund für die Konzipierung einer eigenen auch im Sport praktikabel einsetzbaren Verfahrensdatenbank war die in der täglichen Arbeit als Sachverständige, Berater und Datenschutzbeauftragte immer wieder gemachte Erfahrung, als wie kompliziert Anwender die Erstellung von Verfahrensverzeichnissen einschätzen. Der befürchtete hohe Zeitaufwand ebenso wie die hohe Komplexität wirkten immer wieder als hohe Hürde für die Erstellung von sachgerechten und die rechtlichen Vorschriften erfüllende Verfahrensverzeichnisse – häufig mit dem Ergebnis, dass ihre Erstellung gänzlich unterblieb.

Gleichzeitig gab es auf dem Markt aus Sicht der SVBG kein Angebot, dass die zwei wichtigsten Kriterien zur Nutzung im Verein erfüllte: zum einen die Berücksichtigung der speziellen Bedingungen in Sportvereinen und –verbänden und zum anderen ein Kostenrahmen, der auch von Vereinen / Verbänden getragen werden kann.

Dabei ist ganz unstrittig, dass das Verfahrensverzeichnis das wichtigste Werkzeug für den Datenschutzbeauftragten ist. Wir hatten lange Jahre das Problem keine vernünftige Lösung am Markt zu finden.

Mit der „DSB-Easy“ Verfahrensdatenbank erhalten Datenschützerinnen und Datenschützer in Vereinen und Verbänden eine umfangreiche Sammlung von Verfahren, die Sie nach Prüfung und Anpassung an den eigenen Verein/Verband dabei unterstützt, ein den rechtlichen Regeln entsprechendes Verfahrensverzeichnis mit relativ wenig Zeitaufwand zu erstellen. Soweit möglich sind die Verfahren bereits vorbeschrieben, sodass der Aufwand für notwendige individuelle Anpassungen so gering wie möglich ist.

Die Angaben zu Verarbeitungszweck, die rechtlichen Rahmenbedingungen, Angaben zu Personengruppen, Datenkategorien, Datenherkunft, Regelfristen, Datenübermittlung, sind – soweit das ohne Kenntnis des jeweiligen Unternehmens möglich ist – fertig ausgefüllt.

Die DSB-Easy“ Verfahrensdatenbank bietet damit ein effizientes Hilfsmittel, das zum einen die inhaltlichen Hürden zur Erstellung deutlich reduziert und die gleichzeitig den Aufwand innerhalb der Organisation ganz erheblich reduziert.



## Kosten und Bestellung

Zur weiteren Unterstützung der im Datenschutzportal angemeldeten Datenschutzbeauftragten bietet die SVBG Mülöt:Graf die aktualisierte Verfahrensdatenbank „DSB-Easy-V“ zu einem im Vergleich zur freien Wirtschaft sehr hoch rabattierten und damit entsprechend attraktiven Preis an. Mitglieder des Datenschutzportals können die Verfahrensdatenbank bereits für 450 € (plus MwSt.) bestellen. Weitere Kosten sind damit nicht verbunden, da die Datenbank ohne Zukauf weiterer Software betrieben werden kann.

Die Bestellung der rabattierten Verfahrensdatenbank erfolgt über die FA. Rechnungsaussteller ist das Sachverständigenbüro Mülöt:Graf.

Wir werden das Thema „Verfahrensdatenbank“ im nächsten Info-Brief noch einmal aufgreifen und dort auch weitere Beispiele für ihre Anwendung und ihren Einsatz in der Praxis geben.

Fragen zur Datenbank können Sie jederzeit direkt an die SVBG Mülöt:Graf [[sv@muelot-graf.de](mailto:sv@muelot-graf.de)] oder an meine E-Mailadresse senden [[niewerth@fuehrungs-akademie.de](mailto:niewerth@fuehrungs-akademie.de)].

-----

**IN DER DISKUSSION – NEUIGKEITEN RUND UM DEN DATENSCHUTZ****4 Die EU DSGVO: Mein Sport! mein Verein! Meine Daten?**

"Frisch, fromm, fröhlich, frei", dies war das Motto von Turnvater Jahn. Für die Turner einst als Credo etabliert, gilt er aber auch für alle anderen Disziplinen.

Doch wenn der Sport im Verein ausgeübt wird, dann ist die Erfüllung der rechtlichen Anforderungen für die Verantwortlichen im Verein oftmals mit einem Zehnkampf vergleichbar. Akut wird die Belastbarkeit der Vereine auch durch die EU-Datenschutz-Grundverordnung auf die Probe gestellt. Bis zur vollen Anwendung der DSGVO im Mai 2018 müssen sowohl alle Vorbereitungen abgeschlossen sein als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso wie die betroffenen ehrenamtlich Tätigen informiert und geschult werden. Denn jeder Verein hat mit zahlreichen personenbezogenen Daten zu tun und ist weiterhin Verantwortlicher für die Umsetzung und Einhaltung des Datenschutzes im Verein.

**Wichtige Neuerungen nach EU-Datenschutzgrundverordnung sind insbesondere:**

- extrem hohe Bußgelder (bis zu 20 Mio. €/ 4 % Umsatz der Vereins- / Verbandsgruppe, je nachdem was höher ist)
- Erweiterung der Dokumentations- und Nachweispflichten
- Durchführung von Datenschutz-Folgenabschätzungen
- erhebliche Melde- und Benachrichtigungspflichten bei Datenschutzpannen
- erweiterte Haftung für Verantwortliche im Verein.

**Beispiel 1 : Spielregeln bei der „Mitgliederverwaltung“**

Bereits bei der Anmeldung neuer Mitglieder müssen die personenbezogenen Daten möglichst beim betroffenen Neumitglied selbst erhoben werden. Welche Daten der Verein im Aufnahmeantrag vom potenziellen Mitglied erheben darf, ist in der Regel in der Vereinsatzung geregelt. Sofern ein Verein darüber hinausgehend zusätzliche Daten bei der Anmeldung erheben möchten – die Palette der Möglichkeiten reicht hier von erweiterten Kontaktdaten bis hin zu sensiblen Gesundheitsdaten (z.B. Allergien) – ist es unbedingt notwendig, dies gegenüber dem Betroffenen transparent zu gestalten und, z. B. durch den Zusatz „freiwillige Angabe“, deutlich zu machen, dass diese Angaben nicht relevant sind für die Vereinsaufnahme.

**Beispiel 2: Zusatz-Challenge: externe Dienstleister**

Setzt ein Verein – z. B. für die Mitgliederverwaltung oder sein Marketing – externe Dienstleister (z. B. einen Cloud-Service) ein, so ist mit diesen Dienstleistern ein Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung (ADV-Vertrag) abzuschließen.

Schließt der Verein keinen ADV-Vertrag ab, werden die personenbezogenen Daten durch den Dritten ohne Rechtsgrundlage verarbeitet. Haftbar ist in einem solchen Fall nicht nur der Dienstanbieter (als Dritter), sondern auch der Auftrag gebende Verein!

## **Trainingsplan für den Verein, um Rechtshürden bis Mai 2018 zu meistern**

- Bestandsaufnahme über bestehende Datenschutzstrukturen im Verein
- Bestellung eines Datenschutzbeauftragte ab 9 Personen, die regelmäßig im Verein automatisch personenbezogene Daten verarbeiten
- Erstellung eines Verzeichnisses über die Verarbeitungstätigkeiten (Verfahrensverzeichnis)
- Abschluss von Auftragsdatenverarbeitungsverträgen bei Einbindung von externen Dienstleistern
- Sicherstellung von Betroffenenrechten, z. B. Festlegen eines Prozesses zur Auskunft der Erteilung für Betroffene.

## **Das neues Datenschutzrecht und was Sie jetzt tun müssen**

Die am 25.05.2016 in Kraft getretene EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gestaltet den Datenschutz in Deutschland grundlegend neu. Die Zeitspanne bis zu ihrem Geltungsbeginn am 25.05.2018 muss daher dazu genutzt werden, die Verarbeitung personenbezogener Daten an diesen neuen Vorgaben auszurichten. Eine weitere Übergangsfrist gibt es nicht!

### **1 Für welche Fälle gelten die Neuregelungen?**

Für die DSGVO ist - wie auch bereits jetzt - entscheidend, ob personenbezogene Daten verarbeitet werden. Die DSGVO gilt für alle Informationen, die auf einen Menschen beziehbar sind. Nicht geschützt sind Daten über juristische Personen als solche (z. B. GmbH, AG, eG). Anders als im Verbraucherschutz oder Wettbewerbsrecht kommt es nicht darauf an, ob dies Gewerbetreibende, Verbraucher oder Privatpersonen sind - alle Menschen sind geschützt. Das gilt offensichtlich für Privatpersonen als Kunden und Beschäftigte, aber typischerweise gilt das auch für sonstige Kunden, Lieferanten und Beteiligte an Geschäftsbeziehungen. Denn selbst wenn es sich bei dem Vertragspartner um eine juristische Person handelt, werden typischerweise auch hier Daten von Menschen (Ansprechpartner, Geschäftsführer, etc.) gespeichert.

Gerade Online-Themen wie Cookies und IP-Adressen hat die DSGVO im Fokus. Gerade Online-Themen und neuen Verfahren, aber auch etablierten Datenverarbeitungen zeigt der Datenschutz Grenzen auf. Es ist daher von besonderer Bedeutung den Anwendungsbereich zu prüfen und alternative Gestaltungen zu identifizieren und zu bewerten.

Im Ergebnis gibt es kaum einen Bereich des Vereins / Verbands, den der Datenschutz nicht erfasst.

### **2 Diese Konsequenzen hat das Datenschutzrecht**

Personenbezogene Daten dürfen nur verarbeitet werden, wenn entweder die Einwilligung des Betroffenen vorliegt oder eine gesetzliche Regelung die Verarbeitung gestattet (Verbot mit Erlaubnisvorbehalt).

Das bedeutet: Jeder Umgang mit personenbezogenen Daten ist unzulässig, wenn der Datenverarbeiter nicht die Zulässigkeit begründen und beweisen kann. Das ist bereits

jetzt so und wird sich unter DSGVO nicht ändern. Die Änderungen werden später unter der Überschrift „Was zulässig ist, bleibt nicht automatisch zulässig!“ vertieft.

Das Datenschutzrecht fordert als wesentlichen Grundsatz die Transparenz der Datenverarbeitung gegenüber dem Betroffenen. Kurzum: Es ist durch proaktive Unterrichtung sicherzustellen, dass der Betroffene jederzeit weiß, wer was mit welchen seiner Daten zu welchem Zweck tut. Während dies nach bisherigem Recht ausreichend war, erweitert die DSGVO diese Transparenzpflicht erheblich. Dies geht so weit, dass zukünftig dem Betroffenen u. a. die Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung und das berechnigte Interesse an der Verarbeitung benannt werden müssen.

In Bezug auf die proaktive Unterrichtung der Betroffenen sind umfassende Anpassungen erforderlich. Denn Verstöße gegen diese Vorgaben sind offensichtlich und damit leicht angreifbar.

Personenbezogene Daten dürfen nur für den Zweck verwendet werden, für den sie rechtmäßig erhoben wurden. Sollen sie für einen anderen Zweck verwendet werden, muss wieder die Zulässigkeit für diesen Zweck - also Einwilligung oder gesetzliche Zulässigkeit - geprüft werden. Der Grundsatz der Zweckbindung besagt also: Auch bereits/rechtmäßig erhobene Daten dürfen nicht beliebig weiterverarbeitet werden.

Der Grundsatz der Datensparsamkeit und -vermeidung fordert, dass nur Daten erhoben und verwendet werden, die wirklich für den Zweck erforderlich sind, und die Abläufe und Systeme so gestaltet sind, dass dies sichergestellt ist. Gerade dies wird für Aufwand sorgen. Denn bisher wurde dieser Grundsatz - mangels Bußgeldbewehrung - stiefmütterlich behandelt. Unter der DSGVO sind auch Verstöße gegen den Grundsatz der Datensparsamkeit und -vermeidung mit bis EURO 20 Mio. bußgeldbewehrt und der Datenverarbeiter ist rechenschaftspflichtig in Bezug auf die Umsetzung dieses Grundsatzes.

### **3 Warum Ihr Verein / Verband die Umstellung nicht verpassen darf!**

Der beschriebene Anwendungsbereich ist nicht neu. Im Wesentlichen gilt das heute schon im deutschen Datenschutzrecht, was dazu verleitet, nach dem Prinzip „weiter so“, die Datenschutz-Grundverordnung zu vernachlässigen. Neu ist allerdings das Aufdeckungs- und Sanktionsrisiko bei Verstößen. Denn die DSGVO verschärft nicht nur die Bußgelder für Verstöße drastisch, sondern sieht weitere Anforderungen vor.

Der Bußgeldrahmen wird durch die DSGVO um etwa den Faktor 60 erhöht und beträgt jedenfalls 10 Mio. und 20 Mio. EURO je nach Verstoß.

Das führt zwangsläufig zu signifikant höheren Bußgeldern. Denn ein zu verhängendes Bußgeld muss sich am Bußgeldrahmen ausrichten. Gleichzeitig ist absehbar, dass unter der DSGVO auch deutlich mehr Bußgelder als bisher verhängt werden. Denn der Gesetzgeber fordert tatsächliche Sanktionen im Fall einer normierten Bußgeldandrohung. Die aktuelle Diskussion geht so weit, dass die Frage im Raum steht, ob die Aufsichtsbehörden überhaupt noch - wie bisher - von Bußgeldern absehen dürfen, wenn ein Bußgeld rechtlich möglich ist (Stichwort: Pflicht zur Sanktion). Auch die Datenschutzaufsichtsbehörden schließen in Zukunft deutlich mehrere und höhere Bußgelder nicht aus.

Die Pflichten, deren Missachtung zu einem Bußgeld führt, werden durch die Datenschutz-Grundverordnung erweitert. Gerade Pflichten, die bisher nicht bußgeldbewehrt waren, laufen Gefahr, durch ein „weiter so“ zur Falle zu werden.

#### **4 Weitere Verschärfungen durch die DSGVO**

Diese zukünftige Bußgeldpraxis ist aber nur ein Aspekt der Verschärfung des Drucks zur Einhaltung des Datenschutzes. Die DSGVO dreht auch an anderen Stellschrauben, die zur Aufdeckung von Verstößen führen. Das sind insbesondere Folgende:

##### a) Umfassende proaktive Informationspflichten:

Derjenige, dessen Daten verwendet werden, ist zukünftig viel umfassender proaktiv(!) über den Umgang mit seinen Daten zu informieren. Dabei muss ihm in bestimmten Fällen auch die Rechtsgrundlage genannt werden, welche zur Datenerhebung berechtigt. Das ist nur möglich, wenn der Datenverarbeiter diese davor ermittelt und geprüft hat.

##### b) Erweiterung der Aufdeckung von Datenpannen:

Kommt es zu einer Datenpanne - sprich insbesondere Verlust, Offenlegung der Daten oder Fremdzugriff - sind die Aufsichtsbehörde und der Betroffene zukünftig in deutlich mehr Konstellationen als bisher zu informieren. Die Meldung hat innerhalb weniger Tage zu erfolgen. Das Unterlassen der Benachrichtigung ist für sich genommen wieder bußgeldbeehrt.

##### c) Pflicht zur Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde

Bei risikobehafteten Datenverarbeitungen muss eine Folgenabschätzung durchgeführt werden und gegebenenfalls sogar zwingend die Datenschutzaufsichtsbehörde zur geplanten Datenverarbeitung befragt werden.

##### d) Erweiterung der Haftung

Für Dienstleister wird die Haftung auf Schadenersatz verschärft. Bildlich gesprochen sitzt er zukünftig mit dem Auftraggeber in einem Boot, wenn es um die Haftung geht. Hier werden klare vertragliche Regelungen zur Haftungsbegrenzung erforderlich.

##### e) Neue Betroffenenrechte

Auskünfte sind den Betroffenen zukünftig unverzüglich - jedenfalls binnen eines Monats - zu erteilen. Hinzukommen das Recht auf Datenportabilität sowie das Recht auf Vergessenwerden. Bei Missachtung der Rechte der Betroffenen drohen Bußgelder.

##### f) Pflicht zur Organisation:

Die Datenschutz-Grundverordnung zwingt in mehreren Bereichen dazu, Organisationsstrukturen - bspw. zur Erfüllung der Rechte der Betroffenen - aufzubauen. Allein das Fehlen einer solchen Organisationsstruktur führt zum Verstoß. Der Aufbau solche Strukturen ist eine Managementaufgabe.

##### g) Rechenschaftspflicht

Die Datenschutz-Grundverordnung definiert explizit einen umfassenden und facettenreichen Katalog von Grundsätzen, für deren Einhaltung der Verein / Verband - anders als bisher - isoliert rechenschaftspflichtig ist. Das bedeutet, dass nicht nur die Einhaltung des

Datenschutzrechts im Einzelfall geprüft wird, sondern dass durch die Rechenschaftspflicht die Datenschutz-Compliance in das organisatorische Vorfeld verlagert wird.

#### h) Grenzüberschreitender Datentransfer

Auch der grenzüberschreitende Datenverkehr wird neu gestaltet. Aufgrund der öffentlichkeitswirksamen Diskussion um Safe Harbor und das EU-US-Privacy Shield ist dieses Thema im Fokus der Betroffenen, der Aufsichtsbehörden und der Öffentlichkeit. Insbesondere bei Einsatz von IT-Lösungen von Dienstleistern - und nicht nur beim Cloud-Computing - sowie beim Datentransfer im Vereins- / Verbandsverbund stellen sich neue Fragen.

#### i) Aufklärung von Fehlverhalten

Die Aufklärung interner Pflichtverstöße muss sich an datenschutzrechtlichen Vorgaben messen lassen. Auch Compliance-Strukturen im Verein / Verband und die interne Aufklärung von Vorfällen im Verein / Verband müssen sich - wie auch jüngst aus der Presse bekannt geworden sind - dem Datenschutzrecht stellen. Soweit solche Pflichten aufgrund gesetzlicher Vorgaben vorgeschrieben oder durch Selbstverpflichtungen auf erlegt sind (bspw. Whistleblowing), müssen diese im Licht der Datenschutz-Grundverordnung neu bewertet werden. Ihre Datenschutzkonformität muss auch nach dem Inkrafttreten der DS-BVO sichergestellt sein.

#### j) Datenschutz-Compliance als Vorgabe von Auftraggebern und Lieferanten:

Zunehmend sehen Verträge und vor allem Kooperationsverträge im Vereins- / Verbandsalltag vor, dass sich ein Auftragnehmer vertraglich zur Einhaltung des Datenschutzes verpflichtet. Die fehlende Umsetzung der Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung führt dann zusätzlich auch zur Verletzung dieser Vertragspflicht.

## **5 Bußgelder, Abmahnung und Verbandsklage**

Neben Bußgeldern besteht die Gefahr von wettbewerbsrechtlichen Abmahnungen. Denn Ende 2015 wurde ein Verbandsklagerecht für Datenschutzverstöße eingeführt. Die DSGVO wird weitere Klagemöglichkeiten vorsehen.

## **6 Was zulässig ist, bleibt nicht automatisch zulässig!**

Auch die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung wird durch die DSGVO grundlegend neu geregelt.

Einwilligungen in die Datenverarbeitung sind nach dem 25.05.2018 nur noch wirksam, wenn sie den Anforderungen der DSGVO entsprechen.

Erfolgt also keine Überprüfung und erforderlichenfalls Umstellung auf die neuen Anforderungen, besteht die Gefahr, dass die Einwilligung als Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung entfällt.

Unter dem heutigen Recht wird zum Teil darauf abgestellt, dass Betriebsvereinbarungen im Datenschutzrecht eine rechtfertigende Grundlage sind. Dies ist aber umstritten. Die

DSGVO bezieht die Betriebsvereinbarung nicht (explizit) als Rechtfertigung der Datenverarbeitung ein. Hier besteht in jedem Fall Handlungsbedarf!"

Die gesetzlichen Zulässigkeitsregelungen ändern sich grundlegend. Um es vorwegzunehmen: Das bedeutet nicht, dass alles bisher Zulässige in Bausch und Bogen unzulässig wird. Aber es bedeutet gleichwohl: Eine Prüfung aller Verarbeitungen personenbezogener Daten anhand der DSGVO ist erforderlich um die Datenschutz-Compliance sicherzustellen. Gerade bei Gesundheitsdaten des Vereins- / Verbands ist das Risiko der Unklarheit nicht annehmbar und stellt ein Haftungsrisiko des Managements dar.

Auf den ersten Blick wird deutlich, dass dies Auswirkungen auf das Marketing hat, aber auch auf jedes Scoring und Profiling auf die Meldung an und die Abfrage von Informationen aus Auskunftsteilen, die Verarbeitung von Beschäftigtendaten, die Videoüberwachung. Das ist aber nur der erste Blick - letztlich müssen die Verfahrensabläufe in jedem Vereins- / Verbandsbereich anhand der neuen Rechtslage auf ihre Rechtmäßigkeit geprüft werden.

Das bedeutet:

- Bereits stattfindende Datenverarbeitungen müssen anhand der Datenschutz-Grundverordnung auf ihrer Zulässigkeit geprüft und gegebenenfalls angepasst werden.
- Neu anstehende und umzugestaltende Datenverarbeitungen sollten bereits jetzt an den Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung ausgerichtet werden, um diese nicht zwei Mal prüfen zu müssen.
- Aufgrund der umfassenden Erweiterungen der Informationspflichten gegenüber Betroffenen müssen für bestehende und zukünftige Datenerhebungen und -verarbeitungen die Vorbereitungen zur Erfüllung der Informationspflichten geschaffen werden.

## **7 Kein Bestandsschutz!**

Einen Bestandsschutz, dass alte Datenverarbeitungen nach altem Recht fortgesetzt werden dürfen, gibt es nicht! Um es deutlich zu sagen: Auch bereits stattfindende Datenverarbeitungen sind zukünftig nur noch datenschutzkonform, wenn sie den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnungen entsprechen.

Auch für bereits begonnene und nur fortgesetzte Datenverarbeitung kann nach der Maßgabe der Datenschutz-Grundverordnung ein Bußgeld verhängt werden.

Der EU-Gesetzgeber sieht daher die Übergangsfrist von Inkrafttreten (25.05.2016) bis zur Geltung (25.05.2018) zur Anpassung vor.

Um künftig die Datenschutz-Compliance sicherzustellen, müssen die Datenverarbeitungen an der Datenschutz-Grundverordnung ausgerichtet werden. Die Verantwortung hierfür liegt nach der DSGVO beim Management.

## **8 In der Gesamtschau**

Das ist nur ein Ausschnitt der Neuerungen. Die DSGVO zwingt dazu, die gesamte Verarbeitung personenbezogener Daten bis zum 25.05.2018 auf den Prüfstand zu stellen und die Datenschutzorganisation im Verein / Verband neu auszurichten.

Ab dem 25.05.2018 ist nur noch die Verarbeitung personenbezogener Daten zulässig, die der DSGVO entspricht! Regelt praktisch jeden Bereich der Verarbeitung personenbezogener Daten im Detail neu.

Das Risiko besteht dabei darin, dass dies auf den ersten Blick nicht auffällt. Denn viele Prinzipien des bisherigen Datenschutzes werden fortgesetzt- aber in neuer Gestalt und mit neuen Anforderungen.

Auch bei Verstößen durch bereits begonnene Datenverarbeitungen gilt der Bußgeldrahmen der DSGVO!

## 9 Was jetzt getan werden muss!

Die Zeit ist kurz für die Neu-Ausrichtung der gesamten Verarbeitung personenbezogener Daten an einer neuen Rechtsordnung! Leider ist einiges noch nicht eindeutig konkretisiert und wird im Laufe der Zeit eindeutiger durch die Aufsichtsbehörden definiert und angepasst!

### Wie gehen Sie es an?

- In einem ersten Schritt müssen Sie sich die neuen Anforderungen für Ihren Verein / Verband verdeutlichen. Diese sind je nach Verein / Verband unterschiedlich.
- In einem zweiten Schritt vergleichen Sie die Anforderungen mit dem Ist-Zustand im Verein / Verband.
- Im dritten Schritt sind die Abläufe an die DSGVO anzupassen. Achten Sie auch auf die Zeitschiene - nicht alle Anpassungen sind gleich schnell möglich. Setzen Sie dabei Prioritäten auf „lebenswichtige“ Bereiche des Vereins / Verbands. Hierzu nutzen Sie den von uns bereits vorbereiteten „Masterplan zur Umsetzung der DSGVO“.

## 10 Ergänzende Informationen

Es gibt inzwischen eine kaum mehr zu überschauende Vielzahl an Webseiten, die das Thema aufgreift. Die konkrete Unterstützung, die die Überschriften und Ankündigungen häufig suggerieren, erweist sich bei genauer Lektüre allerdings nicht selten als eher gering. Wir möchten daher an dieser Stelle daher (z.T. noch einmal) auf einige Webseiten und Informationen hinweisen, die tatsächlich eine gute Orientierung auf dem Weg der Umsetzung der DSGVO bieten.

Als erstes möchten wir Sie hier noch einmal auf den im letzten Info-Brief vorgestellten und als Anlage mitgesendeten Masterplan Datenschutz für Vereine und Verbände aus dem Datenschutzportal selbst hinweisen, anhand dessen der konkrete Bedarf ermittelt und die notwendigen Maßnahmen abgeleitet werden können.

Eine gewisse Vorreiterrolle bei der vorbereitenden Information zur Umsetzung der DSGVO nimmt inzwischen das [Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht](#) ein, das eine Reihe von Materialien erarbeitet hat und allen Interessierten zur Verfügung stellt. Inzwischen liegen 11 ausführlichere Positionspapiere und 17 sog. Kurzpapiere zu zentralen Themen der DSGVO vor (vgl. Übersicht auf der folgenden Seite). Die Materialien können unter diesem LINK abgerufen werden.

## Informationen des Bayerischen Landesamtes für Datenschutzaufsicht zu zentralen Themen der DSGVO

1 Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	8 Maßnahmenplan
2 Aufsichtsbefugnisse/Sanktionen	9 Zertifizierung
3 Verarbeitung personenbezogener Daten für Werbung	10 Informationspflichten bei Dritt- und Direkterhebung
4 Datenübermittlung in Drittländer	11 Recht auf Vergessenwerden
5 Datenschutz-Folgenabschätzung	
6 Auskunftsrecht	
7 Marktortprinzip	

BayLDA-Kurzpapiere zur DS-GVO:

1 Veröffentlichung zum Art. 32 DS-GVO - Sicherheit der Verarbeitung	11 Datenübermittlung in Drittländer - DSK-Kurzpapier Nr. 4.
2 Art. 42 DS-GVO - Zertifizierung	12 Werbung - Ersetzt durch DSK-Kurzpapier Nr. 3
3 Videoüberwachung nach der DS-GVO - ein Ausblick	13 One Stop Shop
4 Recht auf Löschung ("Vergessenwerden") - Art. 17 DS-GVO	14 Amtshilfe und gemeinsame Maßnahmen der Aufsichtsbehörden
5 Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten - Ersetzt durch DSK-Kurzpapier Nr. 1	15 Einwilligung eines Kindes

Ergänzend möchten wir hier auch noch einmal auf die Hinweise aus dem Info-Brief 50 hinweisen

- In den aktuellen BvD News finden Sie, wie oben gerade genannt, u.a. Ausführungen zur Videoüberwachung des LDSB BaWü [[LINK](#)]
- Informationen bei der Bitkom [[LINK](#)]
- Erläuternde Ausführungen zur Frage von Einwilligungen (sowohl unter aktuellen wie unter zukünftigen Bedingungen) [[LINK](#)]

## AKTUELLE URTEILE

## 5 Privater und gewerblicher Betreiber eines WLAN-Hotspots muss jedenfalls nach erhaltener Abmahnung Hotspot durch Passwort sichern

Fehlende Absicherung kann Haftung auf Unterlassung nach sich ziehen

Quelle: Oberlandesgericht Düsseldorf, Urteil vom 16.03.2017 AZ: I-20 U 17/16

Fundort: [www.kostenlose-urteile.de](http://www.kostenlose-urteile.de) (ra-online GmbH), Berlin 03.11.2017; Dok.-Nr.: 25072

### Worum geht es?

Der Betreiber eines WLAN-Hotspots muss diesen jedenfalls nach Erhalt einer Abmahnung wegen einer über den Anschluss begangenen Urheberrechtsverletzung durch ein Passwort sichern. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Betreiber privat oder gewerblich tätig ist. Unterlässt er eine Absicherung, kann dies eine Haftung auf Unterlassung nach sich ziehen. Dies hat das Oberlandesgericht Düsseldorf entschieden.

In dem zugrunde liegenden Fall wurde der Betreiber von fünf öffentlich zugänglichen WLAN-Hotspots durch das Landgericht Düsseldorf im Januar 2016 dazu verurteilt, es zu unterlassen, ein Computerspiel ohne Einwilligung der Rechteinhaberin über den Internetanschluss in Peer-to-Peer-Netzwerken zum Herunterladen bereitzuhalten. Vor der Verurteilung wurde der Betreiber bereits zweimal wegen Urheberrechtsverletzungen über seinen WLAN-Anschluss abgemahnt. Nach Ansicht des Landgerichts hafte der Betreiber als Störer, da er seine fünf WLAN-Hotspots nicht durch Passwörter abgesichert hatte. Gegen diese Entscheidung legte der Betreiber Berufung ein.

### Anspruch auf Unterlassung aufgrund Störerhaftung

Das Oberlandesgericht Düsseldorf bestätigte die Entscheidung der Vorinstanz und wies daher die Berufung des Betreibers zurück. Er hafte als Störer für die Urheberrechtsverletzung. [[LINK zum vollständigen Artikel](#)]

## 6 Datenschutzeinwilligung in App-Zentrum von Facebook ungenügend

Facebook muss sich in Deutschland an deutsches Datenschutzrecht halten

Quelle: Kammergericht Berlin, Urteil vom 22.09.2017 AZ: 5 U 155/14

Fundort: [www.kostenlose-urteile.de](http://www.kostenlose-urteile.de) (ra-online GmbH), Berlin 07.11.2017; Dok.-Nr.: 25090

### Worum geht es?

Facebook darf personenbezogene Daten seiner in Deutschland lebenden Nutzer nicht ohne deren wirksame Einwilligung herausgeben. Im App-Zentrum von Facebook, in dem Computerspiele von Drittanbietern angeboten werden, wurden Nutzer nicht ausreichend über Umfang und Zweck der Datenweitergabe informiert. Dies entschied das Kammergericht.

Dem Fall lag folgender Sachverhalt zugrunde: In seinem App-Zentrum bietet Facebook seinen Kunden die Möglichkeit, kostenfreie Spiele von anderen Anbietern zu spielen. Dort war im November 2012 unter anderem das Spiel "The Ville" verfügbar. Unter dem Button "Sofort spielen" wurden Hinweise zur Weitergabe von personenbezogenen Daten des

Nutzers angezeigt. So sollten mit Beginn des Spiels die E-Mail-Adresse, Statusmeldungen und weitere Informationen über den Nutzer an den Betreiber des Spiels übermittelt werden. Angaben über den Zweck der Datenverarbeitung fehlten. Bei drei weiteren Spielen wurden vergleichbare Informationen angezeigt. So hieß es beim Spiel "Scrabble": "Diese Anwendung darf Statusmeldungen, Fotos und mehr in deinem Namen posten."

### **Verbraucherzentrale rügt Verstoß gegen deutsches Datenschutzrecht**

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen hielt die bereitgestellten Informationen in keinem Fall für geeignet, damit eine informierte und freiwillige Einwilligung der Nutzer in die Weitergabe ihrer personenbezogenen Daten einzuholen und rügte somit einen Verstoß von Facebook gegen deutsches Datenschutzrecht.

### **BGH erklärt deutsches Datenschutzrecht für anwendbar**

Das Berliner Kammergericht stellte klar, dass deutsches Datenschutzrecht trotz des irischen Unternehmenssitzes anwendbar sei. [[LINK zum vollständigen Artikel](#)]

---

## **7 Überwachung des Nachbargrundstücks mittel Kamera trotz Verpixelung unzulässig**

Mögliche Aufhebung der Verpixelung aufgrund Nachbarschaftsstreits begründet Überwachungsdruck

Quelle: Landgericht Berlin, Urteil vom 23.07.2015 AZ: 57 S 215/14 -

Fundort: [www.kostenlose-urteile.de](http://www.kostenlose-urteile.de) (ra-online GmbH), Berlin 06.11.2017; Dok.-Nr.: 25078

### **Worum geht es?**

Deckt eine Kamera zum Teil das Nachbargrundstück ab, so kann selbst dann eine unzulässige Überwachung vorliegen, wenn das Nachbargrundstück verpixelt wird. Dies ist etwa dann der Fall, wenn die Möglichkeit besteht die Verpixelung aufzuheben und der Nachbar aufgrund eines Nachbarschaftsstreits die Maßnahme ernsthaft befürchtet. ...

In dem zugrunde liegenden Fall bestand zwischen zwei Nachbarn in Berlin ein erheblicher, stark emotional aufgeladener Streit. Einer der Grundstückseigentümer installierte zur Überwachung seines Grundstücks eine Kamera. Diese deckte aber auch etwa zur Hälfte die Garagenauffahrt des Nachbargrundstücks ab. Der Eigentümer des Nachbargrundstücks sah darin eine unzulässige Überwachung und verlangte daher die Beseitigung der Kamera. Der andere Grundstückseigentümer weigerte sich und führte an, dass das Nachbargrundstück verpixelt sei und die Verpixelung nur durch eine Fachfirma mit Administrationsrechten und entsprechendem Passwort möglich sei. Der Nachbar glaubte dies nicht und erhob Klage.

### **Amtsgericht weist Klage ab**

Das Amtsgericht Berlin-Wedding wies die Klage ab. Ein Anspruch auf Beseitigung bestehe nicht, da aufgrund der Verpixelung ein Eingriff in das Persönlichkeitsrecht des Klägers nicht gegeben sei. Gegen diese Entscheidung legte der Kläger Berufung ein. [[LINK zum vollständigen Artikel](#)]

---

## 8 Keine erneute Urheberrechtsverletzung aufgrund Auffindbarkeit eines geschützten Fotos im Cache von Google

Rechteinhaber kann weder auf Unterlassung noch Zahlung einer Vertragsstrafe klagen

Quelle: Oberlandesgericht Zweibrücken, Urteil vom 19.05.2016 AZ: 4 U 45/15

Fundort: [www.kostenlose-urteile.de](http://www.kostenlose-urteile.de) (ra-online GmbH), Berlin 17.11.2017; Dok.-Nr.: 25140

### Worum geht es?

Ist ein urheberrechtlich geschütztes Foto nach Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung noch im Cache von Google auffindbar, so liegt darin keine erneute Urheberrechtsverletzung. Der Rechteinhaber kann daher weder auf Unterlassung noch Zahlung einer Vertragsstrafe klagen. Dies hat das Oberlandesgericht Zweibrücken entschieden. [[LINK zum vollständigen Artikel](#)]

## 9 Abmahnung wegen Filesharing bei Familien-Internetzugang: Hardware der Kinder muss kontrolliert werden

Täterschaftsvermutung eines Anschlussinhabers bei Urheberrechtsverletzungen kann widerlegt werden

Quelle: Amtsgericht Nürnberg, Urteil vom 25.10.2017; AZ: 32 C 3784/17

Fundort: [www.kostenlose-urteile.de](http://www.kostenlose-urteile.de) (ra-online GmbH), Berlin 28.11.2017; Dok.-Nr.: 25188

### Worum geht es?

Wird ein Anschlussinhaber wegen Urheberrechtsverletzungen abgemahnt, so ist dieser verpflichtet nach einer Abmahnung im Rahmen seiner Aufsichtspflicht die von minderjährigen Kindern genutzte Hardware darauf zu kontrollieren, ob dort die von der Abmahnung betroffenen Programme oder Dateien vorhanden sind. Dies hat das Amtsgericht Nürnberg entschieden.

Im hier zu entscheidenden Fall produziert und vermarktet die Klägerin digitale Entertainmentprodukte, wie etwa Spiele oder DVD-Filme. Im Sommer 2013 wurde vom Internetanschluss des Beklagten ein Computerspiel der Klägerin mittels einer sogenannten Tauschbörse Dritten illegal zum Download angeboten. Den Internetanschluss des Beklagten nutzten auch seine Ehefrau sowie der damals 18-jährige Sohn und die damals 16-jährige Tochter. Es standen ein Familien-PC, aber auch ein ausschließlich von den Kindern genutzter Laptop zur Verfügung.

### Kinder des Beklagten bestreiten Bereitstellung zum Download

Die Klägerin hat den Beklagten abgemahnt und verlangt wegen der Verletzung der Lizenz Schadensersatz in Höhe von 750,00 €. Der Beklagte gab an, dass er die Kinder über die Gefahren des Internets allgemein belehrt habe. Nach Erhalt des Abmahnschreibens hätten diese auf Nachfrage angegeben, das Spiel nicht zum Download bereitgestellt zu haben. Er habe zudem die Hardware auf das Vorhandensein einer Filesharing Software untersucht und darüber hinaus in den installierten Anwendungen nach dem Computerspiel gesucht. Das Amtsgericht Nürnberg hat der Klage stattgegeben. [[LINK zum vollständigen Artikel](#)]



**Führungs-Akademie  
des Deutschen Olympischen Sportbundes**  
Willy-Brandt-Platz 2  
50679 Köln

Tel. 0221/221 220 13  
Fax: 0221/221 220 14  
[info@fuehrungs-akademie.de](mailto:info@fuehrungs-akademie.de)  
[www.fuehrungs-akademie.de](http://www.fuehrungs-akademie.de)